

3 Kooperation ohne Gemeindegrenzen
Unterländer Gemeinden und Schaan stellen ihre Strategie für 2050 vor.

11 Stimmung im zweiten Quartal
Jede zweite Firma klagt über schlechte Geschäftslage.

13 Sylvie Zünd erfolgreich Turniersieg in Innsbruck
Ohne Satzverlust durch das Tableau



Volksblatt



Mittwoch, 19. August 2020
143. Jahrgang Nr. 155

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

Aufrichtfeier Jugendherberge nimmt Formen an

In Schaan wird heute im Rahmen der Aufrichtfeier vor den Medien über den Baufortschritt an der Jugendherberge informiert.

Inland Seine letzte Krankenkassenstatistik gibt keinen Anlass zur Freude: Mauro Pedrazzini rechnet mit einem Prämienanstieg. **Seite 7**

Wirtschaft Für das corona-geprägte erste Halbjahr 2020 verzeichnete die VP Bank einen starken Netto-Neugeldzufluss von rund 1,0 Mrd. Franken. **Seite 7**

Sport An diesem Wochenende starten auch Liechtensteins Amateurligen von der 2. bis zur 5. Liga in die neue Saison. Wir haben uns mit den Zweitligisten FC Ruggell und FC Vaduz etwas genauer auseinandergesetzt und zeigen auf, wohin der Weg für die beiden in dieser Saison gehen soll. **Seite 15**

Hintergrund «Die COVID-19-Pandemie hat die Technologie im Bildungswesen eher zu einer Notwendigkeit als zu einer Innovation gemacht. Die Bildungssysteme durchlaufen derzeit das grösste Fernunterrichtsexperiment der Geschichte»: Ein GIS-Gastkommentar von Inés de Marcos. **Seite 23**

Zitat des Tages



«Wir stehen seit fünf Monaten still. Verrückt.»

JÖRG GANTENBEIN
DER GESCHÄFTSPARTNER DES VERANSTALTUNGSTECHNIKUNTERNEHMENS EVENTPRO UND PRÄSIDENT DES SCHWEIZERISCHEN VERBANDES FÜR BÜHNEN UND VERANSTALTUNGSBERUFE SPRICHT IM INTERVIEW MIT DEM «VOLKSBLATT» ÜBER DIE LAGE SEINER BRANCHE. **SEITE 18**

Wetter In der Früh noch Restwolken, später hohe Wolkenfelder. **Seite 20** 14° 26°

Inhalt

Inland 2-9 **Kino/Wetter** 20
Wirtschaft 11+12 **TV** 21
Sport 13-17 **Ausland** 22
Kultur 18+19 **Panorama** 24

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz



9 771812 601006

FBP nominiert Sabine Monauni als Regierungschefkandidatin

Wahlen Erstmals in der Geschichte schlägt eine Partei eine Frau für das Amt der Regierungschefin vor: Für die FBP stellt sich hierfür Sabine Monauni zur Verfügung. Komplettiert wird das Kandidatenteam durch Katrin Eggenberger und Manuel Frick.

VON HANNES MATT

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) hat Anfang Woche das Kandidatenteam für die Regierung nominiert, wie sie gestern mitteilte. Das Parteipräsidium möchte erstmals in der Geschichte Liechtensteins mit einer Frau als Spitzenkandidatin antreten und das Rennen um die Landtagswahlen im Februar 2021 mit Sabine Monauni als Regierungschefanwärterin gewinnen. Das Kandidatenteam wird durch die amtierende Regierungsrätin Katrin Eggenberger und den derzeit als Generalsekretär des Ministeriums für Gesellschaft tätigen Manuel Frick komplettiert. Nach der Nomination des Präsidiums wird nun der Landesvorstand und anschliessend der Parteitag über das Dreierteam der FBP entscheiden.

Kompetenz stand im Vordergrund

Schon frühzeitig hatten Regierungsrat Mauro Pedrazzini (Ende vergangenen Jahres) und Regierungschef Adrian Hasler (im Mai) angekündigt, für eine weitere Legislatur nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Indes war schon bei der Nomination von Katrin Eggenberger im Herbst 2019 klar, dass die Schellenbergerin auch bei den kommenden Landtagswahlen an Bord sein wird. Somit war das FBP-Präsidium gefordert, zwei neue Persönlichkeiten für das Regierungskandidatenteam zu finden - keine leichte Aufgabe. Dass die FBP bei der Besetzung des Regierungschefpostens auf eine Frau setzt, kommt hierbei überraschend. So waren bereits zahlreiche Namen von möglichen Spitzenkandidaten im Umlauf. Diesen Spekulationen hat das FBP-Präsidium nun aber eine Absage erteilt. Mit Sabine



Sabine Monauni soll Spitzenkandidatin der FBP werden. (Fotos: ZVG)

Monauni - sie ist seit Juli 2016 EU-Botschafterin in Brüssel - konnte eine bekannte Grösse und eine Person mit hervorragenden Qualifikationen gefunden werden, wie das FBP-Präsidium überzeugt ist. Ihre vielfältigen Kompetenzen hätten bei der Entscheidung im Vordergrund gestanden. So bringt Monauni 20 Jahre Erfahrung in der Verwaltung mit. Bevor sie in den diplomatischen Dienst wechselte, war die gebürtige Unterländerin unter

anderem im Ministerium für Gesellschaft tätig und führte dort interimistisch die Geschäfte der Stabsstelle für Chancengleichheit. Aufgewachsen ist Sabine Monauni (geb. Tömördy) in Schaan und Schellenberg. Die 46-Jährige ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern. Bereits viel Erfahrung mit dem Regierungsumfeld bringt der dritte FBP-Kandidat mit: Manuel Frick. Auch er ist kein Unbekannter. Der Balzner, der Politikwissenschaften,



Ministerin Katrin Eggenberger.



Regierungskandidat Manuel Frick.

Volkswirtschaft und Europarecht an der Universität Bern studiert hat, war schon als Regierungsratstellvertreter tätig und ist aktuell Generalsekretär im Ministerium für Gesellschaft. Manuel Frick ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Das FBP-Präsidium bedankt sich bei Monauni, Eggenberger und Frick für die Bereitschaft, sich dieser grossen und verantwortungsvollen Aufgabe zu stellen. «Wir sind stolz, mit diesem Dreierteam antreten zu können.» **Seite 5**

Coronazahlen steigen Verbot von Grossanlässen verlängert und Quarantäne nach Mallorcaurlaub: Liste der Risikoländer ergänzt

VADUZ/BERN Wegen der Coronavirus-Pandemie sind Grossveranstaltungen in Liechtenstein und der Schweiz ursprünglich bis Ende August verboten worden. Nachdem die Schweiz dieses Verbot vergangene Woche verlängert hat, zieht Liechtenstein erwartungsgemäss nach: Die Regierung hat gestern beschlossen, dass Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen bis Ende September nicht erlaubt sind. «Über das weitere Vorgehen ab Oktober wird die Regierung unter Berücksichtigung aller Umstände zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden», heisst es in einer Mitteilung vom Dienstag. Für jede öffentliche Veranstaltung muss zudem nach wie vor ein Schutzkonzept erarbeitet und umgesetzt werden. Laut Regierung werden die nächsten zwei Wochen entscheidend für

den weiteren Verlauf der Pandemie in Liechtenstein sein. Dies, weil die Sommerferien nun vorbei sind und die Schule wieder losgegangen ist. Bereits seit Juli zeigt sich, dass Coronainfektionen vor allem aus dem Ausland eingeschleppt worden sind. Die Regierung ruft daher alle Personen, die in den Ferien waren auf, besonders achtsam zu sein und die Distanz- und Hygienemassnahmen strikt einzuhalten. Sobald auch nur leichte Symptome auftreten, soll man sich umgehend testen lassen.

13 neue Risikogebiete

Unterdessen hat die Schweiz die Liste der Risikoländer, die analog für Liechtenstein gilt, erweitert. Wer aus einem dieser Länder zurückkehrt, muss sich innert zweier Tage beim Amt für Gesundheit mel-

den und für zehn Tage in Quarantäne. Bei Verstössen drohen empfindliche Bussen. Ab Donnerstag gilt das für insgesamt 53 Länder. Neu hinzugekommen sind: Albanien, Andorra, Aruba, Belgien, Belize, Färöer, Gibraltar, Guam, Indien, Malta, Monaco, Namibia sowie die Balearen (Spanien). Von der Liste der Risikoländer gestrichen werden ab Donnerstag Äquatorialguinea, Sao Tome und Principe, Saudi-Arabien, Serbien und Singapur.

97 laborbestätigte Fälle

Seit Sonntag wurden in Liechtenstein vier neue Coronafälle festgestellt. Auch hier handelt es sich bei allen um Reiserückkehrer. Die Fallzahl Liechtenstein wird indes neu mit insgesamt 97 laborbestätigten Fällen (Personen, die in Liechtenstein wohnhaft sind) angegeben.

Aufgrund einer Bereinigungsmassnahme sind zwei am Wochenende an COVID-19 erkrankte Personen in der Statistik des BAG von einem Schweizer Kanton auf das Fürstentum Liechtenstein umgeteilt worden. Es handelt sich um Personen, die sowohl einen Wohnsitz in Liechtenstein als auch einen Wohnsitz in der Schweiz haben.

Im Gegensatz zu Liechtenstein kennt die Schweiz ein System mit Hauptwohnsitz und Nebenwohnsitz. «Diese beiden Personen haben ihren Hauptwohnsitz und Lebensmittelpunkt in Liechtenstein gemeldet. Sie befanden sich zum Zeitpunkt der Testung an ihrem Wohnsitz in der Schweiz. Ebenfalls erfolgt die Isolation und Betreuung im und durch den Kanton, in dem sie sich aufhalten», schreibt die Regierung. (red/ikr/sda) **Seite 3**